

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

9.9.1924 (No. 210)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Preis: Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. m. e. u. b.
Karlsruhe

Wegzugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Die Deutschnationalen und unsere Außenpolitik

Wir erleben z. B. ein Schulbeispiel dafür, was uns passieren würde, wenn die Deutschnationalen oder, um uns ganz vorsichtig auszudrücken, die in dieser Partei herrschende nationalistische Richtung offiziell in der Reichsregierung vertreten wäre. Selbstverständlich würde ein Kabinett, dem die Deutschnationalen angehören, auch auf deren Anschauungen und Wünsche besondere Rücksicht nehmen. Und in welchem Geiste das geschehen würde, das zeugen uns eben die Erfahrungen der letzten Wochen.

Vor der entscheidenden Abstimmung über das verfassungsändernde Eisenbahngesetz ist in Berlin hinter den Kulissen eine Art Geschäft abgeschlossen worden, dessen Grundzüge ungefähr so aussehen: die Leitung der deutschnationalen Reichstagsfraktion delegiert die Hälfte der Fraktionsmitglieder als Zusage und ermöglicht damit die Annahme des Gesetzes; dafür erläßt die Reichsregierung eine feierliche Erklärung gegen die Kriegsschuldfrage. Was sonst noch abgemacht worden ist, ist lediglich die Angelegenheit der Parteien, so z. B. die von der Deutschen Volkspartei gegebene Zusage für eine Herannahme der Deutschnationalen ins Kabinett einzutreten, falls diese in aller Form die Verantwortung für die Verwirklichung des Londoner Protokolls mitübernehmen. Wir werden auf diese Dinge noch zu sprechen kommen.

Was uns heute aus sehr gewichtigen außenpolitischen Gründen zu interessieren hat, ist einzig und allein die Erklärung der Reichsregierung gegen die Kriegsschuldfrage und deren beachtliche amtliche Notifikation. Die Erklärung im Reichstag selbst ist vom Ausland ohne besondere Erregung hingenommen worden, mit Ausnahme natürlich der Pariser Presse. Nun bestand aber die Absicht, dieser Erklärung offiziell den Regierungen der Entente mitzuteilen. Damit wäre sie zu einem Staatsakt des Reiches geworden, zu welchem die betr. Regierungen Stellung nehmen müßten.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Ankündigung dieser Notifikation nicht nur in Paris, sondern auch in London und in Rom, ferner aber auch bei den Völkerbundsberatungen in Genf eine für uns wenig erfreuliche Wirkung ausgelöst. Diese Tatsache steht fest, und sie wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man nun auf ein paar deutsche pazifistische Ideologen einschlägt, die so töricht und so würdelos waren, Herrn Herriot um eine Audienz zu bitten und in dieser Audienz eine recht heftige Kritik an der Politik der Reichsregierung entgegenzunehmen. Wir überlassen diese Ideologen sich selbst und halten uns lieber an die Hauptfrage. Diese Hauptfrage kann durch nichts verbunkelt werden. Mit ihr haben wir zu rechnen. Und wir können höchstens wünschen, daß sich in Zukunft unberufene Hände nicht in ein Spiel hineinmischen möchten, das doch letzten Endes Aufgabe der amtlichen Stellen ist.

Man muß sich über unsere Lage ganz klar sein. Deutschland ist noch auf Jahre hinaus auf das Wohlwollen und das Verständnis eines großen Teils des Auslandes angewiesen. Das ist gewiß für alle vaterländisch empfindenden Herzen eine schwere Belastung, und gewiß würde jeder Deutsche es viel lieber sehen, wenn wir uns machtpolitisch in einer Situation befänden, die uns ein selbständiges Auftreten gestattet. Aber an den harten Tatsachen kommen wir nun einmal nicht vorbei. Sie sind so, daß uns nur eine Außenpolitik übrig bleibt, die bei aller Wahrung der Würde und bei aller entschiedenen Vertretung unserer Interessen doch stets darauf Bedacht nimmt, gewisse Empfindlichkeiten des Auslandes zu schonen und die Regierungen, bezw. die öffentliche Meinung gewisser Großmächte nicht vor den Kopf zu stoßen.

Nun unterlag es von vornherein gar keinem Zweifel, daß eine amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage in diesem Augenblick außenpolitisch für uns verberblich sein würde. Denn man weiß ja, daß zum mindesten Frankreich und Belgien in dieser Frage auf einem völlig anderen Standpunkt stehen, als wir. Und zumal Macdonald muß befürchten, daß sein ganzes bisheriges Werk der Befriedigung Europas zerstört wird, wenn diese

Frage ausgerechnet in diesem Moment aufs Tapet kommt, und die unausbleibliche scharfe Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits beginnt. Noch ist die öffentliche Meinung der Welt nicht einmal so weit bearbeitet, daß in der Kriegsschuldfrage wenigstens von dem Gros der englischen, italienischen und amerikanischen Bevölkerung eine wohlwollende Haltung für uns zu erwarten ist, geschweige denn von Frankreich, Belgien und der Kleinen Entente. Wenn man also eine sonst für uns wahrlich nicht ungünstige Situation gründlich verderben will, braucht man nur diese Frage anzuschneiden.

Dabei kann man immer noch über das Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund dieser oder jener Meinung sein. Aber selbst, wenn man der Auffassung zuneigen sollte, daß Deutschland dem Völkerbund besser fernzubleiben hat — wir teilen diese Auffassung nicht — dann ist es allein schon im Hinblick auf die Londoner Konferenz und die dort erzielte Einigung wahrlich besser, daß die für uns günstige Gesamtsituation so bleibt, wie sie ist.

Hundertmal mehr, als alle Erklärungen von deutscher Seite, wirken im Sinne einer gerechten Beantwortung der Kriegsschuldfrage Äußerungen hervorragender Männer des Auslands, so die bekannte Äußerung Lloyd Georges, daß gewissermaßen alle Staaten in den Krieg hineingeschlittert seien, und das historische Wort, das Macdonald neuerdings in Genf gesprochen hat, daß überhaupt erst die Geschichte fünfzig Jahre später die Verantwortung am Kriege feststellen werde. Diese und ähnliche Äußerungen beeinflussen die öffentliche Meinung der Welt viel nachhaltiger, als das, was wir selber sagen.

An uns ist es, durch sorgsame und einwandfreie Aktienpublikationen der Wahrheit den Weg zu ebnen und durch eine vernünftige und friedliche Politik im Ausland eine Stimmung zu verbreiten, die ohne viel Geschrei ganz von selbst einen gerechteren Spruch ermöglicht und vorbereitet. Schließlich ist es natürlich unser gutes Recht, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, daß das sog. „Schuldbekenntnis“ im Versailler Vertrag ein erpresstes und somit ungültiges Schuldbekenntnis ist, eine Tatsache, die die damalige Reichsregierung ja selbst unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages unterstrichen hat.

Das Kabinett Marx-Stresemann hat bisher in außenpolitischer Hinsicht so geschickt und so erfolgreich operiert und dabei soviel Besonnenheit und Klugheit entwickelt, daß man sich von vornherein sagen mußte, daß nur der ungeliebte Einfluß der Deutschnationalen diese ganze Aktion in diesem Augenblick entzweieln konnte. Wie ernst ist dann aber die Warnung, die hier die Ereignisse selbst dem deutschen Volke erteilen! Soll wirklich die Kluge und weitere große Erfolge versprechende Politik des Kabinetts Marx dadurch gefährdet werden, daß die Deutschnationalen die Möglichkeit erhalten, sie in aller Form mitzubestimmen? Wir glauben, daß die erdrückende Mehrheit unseres Volkes diese Frage mit einem energischen Nein beantworten wird. Und sollten die Deutschnationalen durch eine Fortsetzung ihrer unvernünftigen Taktik eine Krisis und eine Reichstagsneuwahl herbeiführen, so würde diese Antwort sicherlich auch im Ergebnis der Wahl ihren Niederschlag finden.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen

Die Verhandlungen, die auf Grund des Londoner Abkommens zwischen den Vertretern des Deutschen Reichs und den an der Befreiung beteiligten Ländern einerseits und der Internationalen Rheinlandkommission andererseits in der vergangenen Woche in Koblenz stattgefunden haben, haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Internationalisierte Rheinlandkommission wird in Kürze durch eine allgemeine Anordnung die Rückkehr der seit dem 11. Januar 1923 aus dem altbekannten Gebiet Ausgewiesenen (Beamten und Privatpersonen) gestatten, vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, die von der Rheinlandkommission namentlich bezeichnet werden. Aber die Rückkehr der letzteren Ausgewiesenen, bei denen es sich nach der Erklärung der französischen Regierung nur um wenige Personen handeln könnte, werden demnächst noch besondere Besprechungen stattfinden.

Oberrégierungsbaron Haack, der in dem bekannten großen Mainzer Eisenbahnerprozeß vom französischen Militärgericht fernerzeit mit zahlreichen weiteren Eisenbahnern zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist am 6. September endlich als letzter Verurteilter aus dem Gefängnis entlassen worden.

Die Tätigkeit der Ausschüsse im Völkerbund

Die Resolution Herriot-Macdonald

Kam am Montag im dritten Ausschuß der Völkerbundsversammlung (Rüstungsfragen) zum erstenmal zur Sprache. Der italienische Delegierte, Schanzer, verlangte vor Eintritt in die Einzelheiten eine generelle Debatte über die gesamte Sicherheitsfrage. Lord Parmouth stimmte diesem Vorschlag zu, erhob aber Widerspruch dagegen, daß die Garantiepaktsfrage, die durch die Resolution erledigt sei, vorangestellt werde, da lediglich die drei Fragen: Schiedsverfahren, Sicherheit und Abrüstung zur Debatte stünden. Dagegen forderte Politik-Griechenland die freie Aussprache über die Regierungsantworten auf den Garantiepaktsentwurf und die im Völkerbundsprotokoll enthaltenen Garantiemöglichkeiten und beantragte, einen besonderen Ausschuß zur Ausarbeitung einer entsprechenden Grundlage für die Aussprache. Schanzer gab Lord Parmouth zu bedenken, daß, da die Antworten der Regierungen zur Debatte standen, der Garantiepakt selbst auch besprochen werden müsse und forderte für die allgemeine Aussprache absolute Freiheit. Diese erste Debatte über die Resolution Herriot-Macdonald hinterließ im wesentlichen den Eindruck, daß es außerordentlich schwer sein wird, aus dem der Kommission zur Bearbeitung überwiesenen ungeklärten und widerspruchsvollen Material einheitliche Gesichtspunkte herauszuarbeiten und die weitere Diskussion sich äußerst langwierig gestalten dürfte. Deutlich zeigte sich bereits auch die Tendenz zahlreicher Delegierter, den von den Engländern als erledigt betrachteten alten Garantiepaktsentwurf trotz der durch die Resolution Herriot-Macdonald geschaffenen neuen Lage in den wesentlichen Grundzügen zu retten.

Es wurde beschloffen, eine dreigliedrige Kommission unter dem Vorsitz von Politik-Griechenland und unter Mitarbeit des Völkerbundssekretariats zu ernennen, die eine tabellarische Übersicht über die Garantiepaktsentwürfe der einsehenden Regierungen und anderer Paktentwürfe ausarbeiten soll.

Als erster Redner nach Eröffnung der allgemeinen Debatte legte Schanzer-Italien den italienischen Standpunkt dar, der sich besonders gegen die überstaatlichen Befugnisse des Völkerbunds wendet und strenge Einhaltung des Völkerbundsprotokolls fordert.

Die Militärkommission des Völkerbunds

Während die allgemeine Aufmerksamkeit in Genf den öffentlichen Debatten über die Sicherheits- und Abrüstungsfrage gilt, arbeitet unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit die fünfzig heraufende Militärkommission des Völkerbunds eifrig an dem dem Völkerbundsrat vorzuliegenden Projekt für die praktische Durchführung der militärischen Untersuchung durch den Völkerbund in den besiegten Ländern. Diese Arbeiten erstrecken sich gegenwärtig nicht nur auf den ursprünglich aufgeworfenen Plan der militärischen Kontrolle in Bulgarien, Ungarn und Österreich, sondern auch ganz formell auf die Militärkontrolle in Deutschland. Dabei geht die Auffassung der französischen Sachverständigen auf ein dauerndes Untersuchungsrecht des Völkerbunds in Deutschland hin, das sofort nach Beendigung der Arbeiten der internationalisierten Militärkontrollkommission einzuführen soll, wobei dem Völkerbund auch besondere und ebenfalls dauernde Kompetenzen bei der Kontrolle der entmilitarisierten Zonen überwiesen würde.

Die Völkerbundsversammlung

nahm am Montag die in den letzten Tagen unterbrochene allgemeine Aussprache über den Ratsbericht wieder auf unter geringer Beteiligung der Delegierten und der Tribünenbesucher. Der frühere Schweizerische Bundespräsident und Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, Moor, drückte die Hoffnung aus, daß bald mit dem Bau eines neuen Versammlungssaales begonnen werden könne. Er trat mit aller Entschiedenheit für den Schiedsgerichtsgedanken ein und erklärte, wenn die Großmächte als erste das obligatorische Schiedsverfahren annehmen würden, dann wäre ein Schritt von größter Bedeutung getan. Der schwedische Außenminister überbrachte darauf die Grüße seines Stades und die Versicherung seiner Regierung zum Ausbau des Schiedsgerichtsgedankens. Hofmeyer-Südwestafrika erklärte im Namen seiner Regierung und unter Berufung auf die Erklärung Macdonalds, daß er es begrüßen würde, wenn Deutschland in den Völkerbund eintreten würde. Galvanaykas-Litauen widmete seine Ausführungen den Fragen von Wilna und Memel. Die bisherige Lösung der litauischen Frage habe nicht in allen Punkten befriedigt.

Amerika und der Völkerbund

W.A. Genf, 8. Sept. Eine in der Berner Presse erschienene Meldung, wonach Amerika in den Völkerbund einzutreten gedenke, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen als völlig unbegründet bezeichnet. Es hat sich nichts in der Stellungnahme Amerikas gegenüber dem Völkerbund verändert, was eine derartige Vermutung rechtfertigen könnte.

Kein deutscher Beobachter in Genf

Zu der Behauptung, der bekannte Pazifist Harry Kessler (schweizerische Blätter verwechseln ihn bereits mit dem Reichswehrminister Kessler) sei vom Auswärtigen Amt als offizieller Beobachter nach Genf geschickt worden, teilt die Berliner „Zeit“ mit, daß daran kein wahres Wort ist und daß Kessler, falls er sich wirklich als eine Art offizieller Persönlichkeit gebärden sollte, dazu kein Recht besäße.

General Allen in Berlin. Der frühere kommandierende General der amerikanischen Rheinarmee, General Allen, traf in Berlin ein. Er war in Hamburg Gast des früheren Reichskanzlers Cuno.

Mit einer Beilage: 35. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Abg. Dr. Wirth und der Bürgerblock

Abg. Dr. Wirth veröffentlicht in den Blättern des Zentrums und der Demokraten einen Artikel mit der Überschrift „Ein ernstes Wort zur politischen Lage“, in dem es heißt:

„Wir lehnen den Bürgerblock ab. Diese politische Willensmeinung wurzelt in unserem sachlichen Urteil über den „Bürgerblock“. Begrifflich sehen wir nämlich in den Bürgerblock, der heute in weiten Kreisen diskutiert und gewünscht wird, das zielbewusste Streben, dem Besitz und seiner Zusammenfassung einen staatspolitischen Vorrang über diejenigen zu geben, die über kein festes Eigentum verfügen. . . . Man mache sich gerade in diesem Zusammenhange klar, daß der Bürgerblock — wenn er politisch-parlamentarisch in Aktion tritt — entweder zu den verfassungsändernden Mitteln des völkisch-sozialistischen Terrors greifen muß, um sich zu halten, oder daß er bald schon abgestößt werden wird durch eine Regierung derjenigen, die er bewußt von der Staatverantwortung zurückgedrängt hat, m. a. W. einer stark sozialistischen Arbeiterregierung. So wächst aus dem „Bürgerblock“ und seiner politischen Auswirkung das andere Extrem, das dem Besitzlosen die Herrschaft zuführt. Alle Konflikte zwischen Besitz und proletarischen Massen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Regierenden und Beherrschten werden ausgereißt und damit die sozialen Gegensätze, die unser Volk beklagenswerterweise auseinanderziehen, ins Ungeheure und Aufgabe gerade des Zentrums, solche Alternativen nicht heranzumachen zu lassen, sondern darnach zu streben, Konflikte, die Staat und Gesellschaft bedrohen, zu vermeiden und rechtzeitig innen- und außenpolitisch so zu handeln, daß Katastrophenstimmung überhaupt nicht aufkommen kann. In diesem Geiste hat das Zentrum in Weimar gehandelt und positiv mitgearbeitet bei der Verfassung, die uns immer als ein Rettungswort an der deutschen Volksgemeinschaft erschienen ist. Das Verlassen dieser politischen Linie wäre ein Verhängnis für Reich, Staat und Volk.“

Nachmals: Wir lehnen die Bildung eines Bürgerblocks ab, auch wenn er . . . unter dem Deckmantel nationaler Bestrebungen erreicht werden soll. Wie man früher mit dem Worte „national“ Mißbrauch getrieben hat, wie man früher freibewährterweise versucht hat, Parteien antinationaler Gesinnung zu beschuldigen, um sich nach oben besser zu empfehlen, so will man jetzt mit dem Worte „bürgerlich“ und „Bürgerblock“ alten privilegierten Schichten und herrenmäßigen Ansprüchen die Wege gegen das neue demokratische Deutschland wieder eröffnen. Wir täuschen uns über dieses Ziel der Rechten nicht und wir lassen uns auch nicht täuschen.

Da helfen auch unferreits nicht allein rein theoretische Erwägungen, wie wir sie oben angeführt haben, sie müssen vielmehr mit einer entschiedenen Willensbildung aller demokratischen, verfassungstreuen Elemente Deutschlands verbunden sein. Wir erklären deshalb klar und bestimmt: „Es gibt für uns keine Bürger höheren Rechts, sondern nur deutsche Staatsbürger!“ Wir wollen den Begriff des Staatsbürgers herausarbeiten und ihn gegen alle nationalitätshöhlischen und kommunistischen Verzerrungen im Sinne und Geiste der Weimarer Verfassung verteidigen. Tun wir das nicht, dann verlieren wir nicht nur allen innerpolitischen Kontakt mit den letzten fünf Jahren, sondern wir werden auch in der gesamten politischen Entwicklung Deutschlands um 25 Jahre zurückgeworfen. Dazu käme noch das starke Hervortreten sozial-reaktionärer Kräfte, welche die Rolle weiter Volkstrennung zur wirtschaftlichen Entrechtung ausnützen würden. Schon allein die theoretische Erörterung des Bürgerblocks ist geeignet, daß und Bitterkeit bei dem merkwürdigen Volke auszulösen, die jeden ethisch gerichteten Menschen tief erschüttern müssen. Jetzt sollten sich im deutschen Volke die Früchte jahrelanger staatsbürgerlicher Erziehung zeigen, einer Erziehung, die nicht nur staatsbürgerliches Wissen vermittelt, sondern im Geiste einer wahren Herzens- und Gemütsbildung Verständnis, Pflichtgefühl, Liebe und Begeisterung für die Aufgabe und das Gelingen des Ganzen, der Gesellschaft, des Staates und der gesamten Nation bringen sollte. Statt großzügig und weiserweise alle Schichten und Erwerbsstände verantwortlich im Staatsleben heranzuziehen, wofür sich heute Klassenegoistisches Denken und Verhältnisselbstbreit machen, die jahrelang aus reiner Parteilichkeit dem Staat und dem Deutschen Reich nicht nur jeden Groschen verweigert haben, sondern die auch die politische Diskreditierung und die politische Sabotage übten und jeden, der dem Reiche aufrichtig gedient hat, bis in den Tod und darüber hinaus verfolgten.

Wir haben im Zentrum immer hohen Wert darauf gelegt, nach eigenem Ermessen und nach eigenem Geiste uns politisch-sachlich zu orientieren und keine Kräfte unserer Volks von der Rettungsarbeit an Rhein und Reich auszuschließen. Von Rechts haben wir bisher weder Hilfe noch Anerkennung gefunden. Das Halb und Halb vom letzten Freitag eröffnet mit der durchsichtigen Taktik noch keine neue Zeit. Uns steht die sittliche Idee der Volksgemeinschaft höher als das Danaergeschenk des „Bürgerblocks“.

Die laute und leidenschaftliche Diskussion über den „Bürgerblock“ begann mit der Zustimmung eines Teiles der deutschnationalen Fraktion zur verfassungsmäßigen Verabschiedung des Eisenbahngesetzes. Die anderen Gesetze, deren Bedeutung dem Eisenbahngesetz nicht nachsteht, fanden nicht die Zustimmung derer, die dem Eisenbahngesetz zur verfassungsmäßigen Mehrheit beifallen. Es sind deshalb mindestens Zweifel berechtigt, ob bei den Deutsch-Nationalen die aufrichtigste Wirkung oder lediglich die taktische parteipolitische Rücksichtnahme zur Verhütung einer Reichstagsauflösung maßgebend gewesen ist. Wäre eine rein außenpolitische Einstellung vorhanden gewesen, so hätten die Ja-Sager aus den Reihen der Deutsch-Nationalen bei den anderen Gesetzen nicht mit Nein stimmen dürfen. Über diesen Widerpruch werden die Deutsch-Nationalen nicht wegzukommen. Es ist deshalb begreiflich, daß die in den Reihen der Deutsch-Nationalen einsehende, innerparteiliche Auseinandersetzung sich im wesentlichen mit innerpolitischen Gesichtspunkten abmüht. Die Deutsch-Nationale Volkspartei hat im Reichstag ihre innerliche Spaltung bezüglich der Außenpolitik überdecken wollen durch das taktische „Ja“ und „Halb“, mit dem sie auch hofft, über die innere Auseinandersetzung wegzukommen. Schon seit Monaten ringen in der Deutsch-Nationalen Fraktion, wie wir unterrichtet sind, zwei Strömungen miteinander. Die eine stellt das Verlangen, die Partei müsse jetzt an die Macht zu kommen suchen, auch auf das Risiko hin, in der Frage des Gutachtens zunächst Konzessionen machen zu müssen, während die Gegner der Machtergreifungspolitik betonen, daß nur einer scharfen Opposition gegen jede Erfüllungspolitik und damit auch gegen das Dawes-Gutachten, das zu Fall gebracht werden müsse, es möglich ist, die Macht der vaterländischen Bewegung und ihrer nationalen Massen hinter sich zu haben und zu behalten. Diese Richtung war sich auch darüber klar, daß jede erfüllungspolitische Konzession um der Machtbeteiligung willen der Deutsch-Nationalen Volkspartei das Schicksal der Deutschen Volkspartei bereiten könne. Wir glauben, daß diese Bemerkungen ungefähr dem entsprechen, was in deutschnationalen Kreisen selbst an Formulierung der inneren Parteigegensätze nach den Wahlen ausgesprochen worden ist.

Die Deutsch-Nationalen treten nunmehr an die Machtergreifung heran und es ist unsere Aufgabe, dazu Stellung zu nehmen. Der erste Schritt ist durch den Gang des Herrn Abgeordneten Dr. Hergt zu Herrn Reichskanzler Marx geschehen, als am Tag der Abstimmung Herr Hergt schon in der Frühe um 9 Uhr bei dem Herrn Reichskanzler Marx erschien, um dem erstauenten Kanzler zu eröffnen, daß nach den bei den Deutsch-Nationalen vorhandenen Informationen Herr Marx beabsichtige, von seinem Posten zu scheiden. Über das weitere Gespräch ist die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet worden. Uns genügt das Verhalten und Ansinnen des Führers der Deutsch-Nationalen an den Kanzler, der aus den Reihen des Zentrums hervorgegangen ist. Diese Methode der Machtergreifung hat in den Reihen des Zentrums scharfe Zurückweisung erfahren. Herr Hergt ist über das gesteckte Ziel zunächst weit hinausgeschossen und hat sich bei dem Zentrum eine scharfe Zurückweisung geholt, deren Wirkung im Lande noch nicht erschöpft ist. Die Aufgabe des Zentrums hat nie darin bestanden, den politischen Kräften von Rechts bei ihrem Griff nach der Macht Hilfsdienste zu leisten. In dieser Rolle wird sich das Zentrum auch nie begeben. Nun insofern findet der Schritt des Herrn Hergt bei uns eine gerechte Würdigung, als Herr Hergt dem parlamentarischen System entsprechend sich nicht allein mit den Unterhändlern zweiter Ordnung aus den Parteien der Mitte abgegeben hat, sondern direkt zu der Stelle ging, wo nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt werden. Und das ist das Kanzlerhaus!

Es ist wohl inzwischen genügend bekannt geworden, daß Herr Marx die Frage der Erweiterung der Regierung für die Monate Oktober und November als politisches Problem angefaßt hat. Er selbst, und darauf kommt es in diesem Zusammenhange besonders an, hat aber über die Frage der Erweiterung der Regierung nicht nur mit Rechts, sondern auch mit Links gesprochen. Der Reichskanzler hat somit freie Hand, die Frage der Regierungsbildung nach eigenem Ermessen in Angriff zu nehmen. Diese klare und eindeutige Haltung des Kanzlers machen wir uns zu eigen und anerkennen keinerlei Verpflichtung, die eine einseitige Bindung darstellen könnte. Damit ist die Frage des Bürgerblocks über der Rechts-Koalition, taktisch gesehen, vorläufig verlagert. Das hindert uns aber nicht, die grundsätzliche Stellungnahme zum Bürgerblock, wie wir es bereits getan haben, weiter zu vertiefen.“

Der Zentrumsführer Dr. Schöfer, der während der Ferien immer in Priester- und Schwefelsteinheim in Regensburg weilt, schreibt in der zentralen „Deutschen Bodenzeitung“ in Konstanz, für ihn gebe es auf die Frage eines in Reichs- oder in Baden zu gründenden Bürgerblocks — natürlich mit den Deutsch-Nationalen an der Spitze — nur ein entschiedenes Nein!

Politische Neuigkeiten

Die deutsche Erklärung über die Schuld am Kriege

Zu den widersprechenden Meldungen über die Notifizierung der Erklärung der deutschen Regierung in der Kriegsschuldfrage, erfährt W.D. jetzt folgendes:

Zu der Kundgebung vom 29. August wurde angekündigt, daß die Reichsregierung es unternehmen werde, eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen. Da es aus technischen wie aus diplomatischen Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung abzugeben, mußte der hierfür geeignete Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit wurden dann der Reichsregierung eine Reihe von Anregungen und Wünschen insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen hinsichtlich der Form und der Zeit der Übermittlung zugeht. Das Reichskabinett wird zu Anfang nächster Woche, nach Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Marx und des Außenministers Dr. Stresemann, zu einer Sitzung zusammentreten, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu werden.

W.D. Paris, 8. Sept. Nach einer Meldung des „Zeit Parisis“ wußte man gestern abend im Dual & Dray noch nicht, ob die deutsche Regierung die angekündigte Erklärung über die Kriegsschuldfrage notifizieren werde oder nicht. Das Blatt erfährt aber von autorisierter Seite, daß die Berliner Regierung mitteilen ließ, daß sie, wenn sie erkläre, daß Deutschland nicht für den Krieg verantwortlich gemacht werden könne, in keiner Weise die ihr nach den Bestimmungen von Versailles auferlegten Verpflichtungen, die Reparationen zu zahlen, ableugnen wolle, daß sie insbesondere ihre Unterzeichnung unter die Londoner Abmachungen nicht desavouieren wolle.

Eine Konferenz über das Washingtoner Abkommen

Die Arbeitsminister Frankreichs, Englands, Deutschlands und Belgiens, Shaw, Godart, Brauns und Kérisson sind am Montag vormittag in Bern im Parlamentsgebäude zusammengetreten zu einer Konferenz betreffend das Washingtoner Abkommen. Den Verhandlungen wohnten auch der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Thomas, und der Vizirektor dieses Amtes, Butler, bei.

Es wurden Erörterungen über die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern gegeben; sodann ging die Konferenz über zur arbeitsrechtlichen Diskussion der rund 20 Artikel des Washingtoner Abkommens, wobei eingehend erörtert wurde, in welcher Weise jeder Artikel praktisch durchzuführen sei, welche Schwierigkeiten sich bei seiner Durchführung bei den einzelnen Ländern ergeben könnten usw. Die Beratungen werden am Dienstag vormittag fortgesetzt. Der englische Arbeitsminister Tom Shaw war begleitet von seinem Kabinettschef Comerwell, der französische Minister Justin Godart von dem Direktor im Arbeitsministerium Rieucaud und von Kabinettschef Sella, der deutsche Minister Brauns von dem Sektionschef Dr. Schmittler und Legationssekretär Dr. Hüffer, der belgische Ministerpräsident von Generalsekretär Julien Hensler und Curtius von dem internationalen Arbeitsamt figurierten als Übersetzer. Die Verhandlungen bilden gewissermaßen eine Fortsetzung der früheren Besprechungen in Paris, an denen indes Deutschland nicht teilgenommen hatte. Deutschland glaubt für die Zeit der Reparationsleistungen eine verlängerte Arbeitszeit beanspruchen zu müssen, während die Ententestaaten mit Rücksicht auf ihre eigene Industrie einem solchen Zugeständnis abgeneigt sind.

Der preussische Kultusetat

Im Haushaltsausschuß des preussischen Landtages, wo die Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung begonnen wurde, erklärte der Kultusminister u. a., die Kulturaufgaben Preussens verlangten dringend, daß auf dem Gebiete der Volkserziehung mindestens die Friedenshöhe der Ausgaben erreicht werde. Söhere Einnahmen zu erzielen, sei gerade dieses Verwaltungsgebiet nicht in der Lage, denn eine Erhöhung des Schulgebühres für höhere Schulen würde

gerade die am schwersten ringenden Schichten des Volkes von den höheren Schulen ausschließen. Weiter erklärte er, daß sich der finanzielle Effekt des Abbaues noch nicht berechnen lasse. Er gab aber dem Wünsche Ausdruck, daß das Reich bald die von ihm verhängte Einstellungsperre aufheben möge. Hinsichtlich der vielen Klagen über die zunehmende Volkserziehung der Jugend wies der Minister darauf hin, daß vom Elternhaus mehr gefordert werden könne, um die Schule zu unterstützen. Zur Frage der Verfassungsfeier erklärte er, sie seien genau so verankert worden, wie früher; es lägen nur 4 Fälle von Klagen vor, die geprüft würden. Einer dieser Fälle habe sich schon jetzt als böswillige Denunziation herausgestellt. Als Hauptaufgabe bezeichnete Böll die Reform des höheren Schulwesens und die Regelung der Lehrerbildungsfrage.

Um die Auslieferung des Erzberger-Mörders

Der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Welzel, hat von der deutschen Regierung in der Angelegenheit des Auslieferungsbegehrens der Erzbergermörder eingehende Informationen erhalten. Die deutschen Behörden vertreten, wie aus Budapest gemeldet wird, den Standpunkt, daß der verhaftete angebliche Heinrich Köster mit Heinrich Schulz identisch ist und daß diese Identität zweifelsfrei festgestellt worden ist. Sie fordern daher, daß das Auslieferungsverfahren ohne jedes weitere Agnosozierungsverfahren durchgeführt werde. Obgleich der deutsche Kriminalbeamte Böll die Identität Kösters mit Schulz festgestellt hat, hat er die in Budapest aufgenommene Photographie des Förster-Schulz nach Deutschland mitgenommen und sie den dortigen Bekannten des Schulz vorgezeigt, die gleichfalls die Identität feststellten. Protokolle mit dieser Identitätsfeststellung sind auch den ungarischen Behörden zugestellt worden.

Eine Kundgebung heimattreuer Oberschlesier. In Berlin veranstalteten die Verbände heimattreuer Oberschlesier ein Fahnenweihfest, bei dem u. a. der Oberpräsident von Oberschlesien, Dr. Proffen, zugegen war. Es wurde eine Entschlie- dung gefaßt, in der zunächst darauf hingewiesen wird, daß die Zustände in Oberschlesien durch die unsinnige Grenzschließung immer unhaltbarer werden und die Leiden der ober-schlesischen Bevölkerung von Tag zu Tag größer werden und verlangt, daß Polnisch-Oberschlesien Deutschland wieder angeliebert werde.

Zur Pensionierung des Oberbürgermeisters Reinert. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Hauptvorstand der sozialdemokratischen Partei Hannover zu dem Abbau des Oberbürgermeisters Reinert in einer eingehenden Beratung Stellung genommen. Der Vorstand beurteilt, daß Reinert nicht die Parteifinanzien von seiner Würde in Kenntnis gesetzt habe und spricht ihm wegen seiner Haltung und wegen des Inhalts seines mit dem Ordnungsrat abgeschlossenen Vertrages seine schärfste Mißbilligung aus. — Reinert tritt nach dem Vertrag, den der hannoversche Magistrat genehmigt hat, von seinem Posten unter der Bedingung zurück, daß ihm sein volles Gehalt als Präsident gezahlt wird.

Zusammenstoß auf einem Stahlhelmtag. Auf dem Landesverbandstag des Stahlhelmbundes in Braunshweig kam es verschiedentlich zu scharfen Zusammenstößen mit Kommunisten und politisch Andersdenkenden. Auf ein Laßtato, auf dem sich auswärtige Stahlhelmlaute nach dem Bahnhof begaben, wurde ein Sprengstoffattentat verübt, wobei mehrere Stahlhelmlaute schwer verwundet wurden. An mehreren anderen Stellen der Stadt kam es beim Umzug von Stahlhelmlauten zu Schlägereien, wobei verschiedene Personen verletzt wurden. Die Polizei mußte wiederholt mit blanker Waffe eingreifen. Eine Gegenemonstration des Reichsbanner Schwarz-rot-Gold, die in den Außenbezirken der Stadt abgehalten wurde, verlief ohne jeden Zwischenfall.

Die 54. Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckerbundes, der maßgebenden Organisation der deutschen Buchdruckerbetriebe, fand in Hannover statt. Nach einer im Ausschuß der Stadthalle abgehaltenen Gedenkfeier für den kürzlich verstorbenen Geheimen Kommerzienrat Wigenstein hielt der hiesige Universitätsprofessor Dr. Molkenhauer einen Vortrag über die Belastung Deutschlands durch das Londoner Abkommen und über dessen wirtschaftliche Auswirkungen auf das Gewerbe. An der Tagung nahmen über 600 Personen, darunter hervorragende Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, sowie des Handels und der Handwerkskammern, teil.

Kurze Nachrichten

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend der Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Angestelltenversicherung.

Die Koblentzer Verhandlungen. Die am Samstag auf einige Tage unterbrochene Koblentzer Verhandlungen werden heute ihren Fortgang nehmen.

Der Präsident der Pfalzregierung Dr. Mathes ist von Heidelberg in die Pfalz zurückgekehrt und hat dort seine Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

Dinter gemahnt. Der nat.-soz. Abg. Dinter, der bekannte Schriftsteller, ist mit seiner Gehebre gegen die Reichsregierung auf dem Weimarer Parteitag, die ihm ein Strafverfahren zuzog, auch seinen eigenen politischen Freunden darauf auf die Herzen gefallen, daß in einer Sitzung, an der auch Lubert teilnahm, beschlossen wurde, Dinter seines Amtes als Vorsitzender der thüringischen Landtagsfraktion zu entlassen. Dinter hat sich in ein — Sanatorium zurückgezogen.

Gemeindevahlen in Thüringen. Wie der „Vorwärts“ berichtet, fanden in den thüringischen Orten Schweina, Steinbach und Bad Liebenstein die Sozialdemokraten 7, die Kommunisten keinen und die Bürgerlichen 4 Sitze, in Steinbach entfielen auf die Sozialdemokraten 6 Mandate, die Bürgerlichen 4 und die Kommunisten ein Mandat. In Bad Liebenstein wurden 7 Bürgerliche, 3 Sozialdemokraten und 1 Hausbesitzer gewählt.

Preussischer Städtetag. In Weimar wurde durch den Oberbürgermeister Geißler eine Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages eröffnet. Die Verhandlungen, die rein internen Charakter tragen, finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ein schiebender Kommunistenführer. Als der Kommunistenführer Hirsch am vorigen Samstag in Dortmund verhaftet werden sollte, floh er aus zwei Bitteln auf die ihn verfolgenden Schulleute, Zivilpersonen und Kriminalbeamten. Ein Schuß wurde durch einen Schutz verfehlt, eine Frau durch einen Schuß in den Bauch getroffen. Die Verfolgung des Verbrechens, der sich auf ein Fahrzeug geworfen hatte, wurde in einem Automobil fortgesetzt. Hirsch wurde schließlich verhaftet.

Die Feiertage in Ruhrgebiet. In der ersten Septemberwoche vom 31. August bis 6. September mußten im Ruhrkohlenbergbau infolge Abwankens in 67 Fällen 118.534 Feiertage eingeleitet werden.

Badischer Teil

Staatspräsident Dr. Köhler u. Minister Remmele in Holland

Der badische Staatspräsident Dr. Köhler und der Minister des Innern Remmele befinden sich zurzeit auf einer Informationsreise zum Studium des Hafens- und Umschlagsverhältnisses am Rhein. Nachdem die Minister, in deren Begleitung sich Landdirektor Weg und Generaldirektor Jaeger vom Badischen Schiffsverkehr befinden, die Hafenanlagen in Ludwigshafen, Mainz, Köln, Düsseldorf und Duisburg-Nuhrort besichtigt hatten, begaben sie sich nach Holland. Wie wir holländischen Blättern entnehmen, wurden die Herren in Rotterdam und Amsterdam von den Stadtverwaltungen und Handelskammern überaus freundlich aufgenommen und bereitwilligst in großen Führungen von den Verhältnissen im holländischen Schiffs- und Hafensverkehr unterrichtet. Am Freitag waren die Herren die Gäste des deutschen Gesandten im Haag.

Aufhebung der Zollsperrung

Die Zollsperrung zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist heute nacht 12 Uhr aufgehoben worden. Das Zollhaus an der Rheinbrücke zu Ludwigshafen ist in den Vormittagsstunden geräumt worden, dagegen bleibt das Zollbüro am Zollbahnhof zur Umwidmung der laufenden Geschäfte noch geöffnet, vor allem zu dem Zweck, den Kraftwagenbesitzern die von ihnen hinterlegte Kautionssumme zurückzahlen zu können.

Auch im Karlsruher Rheinhafen ist die Passkontrolle gefallen. Der Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland ist im allgemeinen zollfrei. Der Verkehr mit Waren, die für das deutsche Zollausland (z. B. England, Belgien) bestimmt sind, wird erst am 20. September zollfrei.

Die Einreise in den Brückenkopf kehrt

Wie die Delegation der Rheinlands-Kommission in Kehl der „Kehler Zeitung“ mitteilt, ist für die Einreise in den Brückenkopf Kehl nur noch ein deutscher Reisepass nötig.

Verbandstag des badischen Sparkassen- und Giroverbandes

In Verbindung mit der Landeskonferenz der Sparkassen-rechner fand dieser Tage in Gernsbach der dritte Verbandstag des badischen Sparkassen- und Giroverbandes statt. Der Jahres- und Rechenschaftsbericht für 1923 zeigte die verhältnismäßige Entwicklung des Sparkassenwesens im Jahr 1923 auf und befasste sich auch mit der Zukunftsaussicht. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung sprachen u. a. in längerer Ausführungen Generaldirektor Dr. Schmiedler und der Vertreter der deutschen Girozentrale, Stadtrat Kürsch, die beide interne Verbandssachen behandelten. Die Neuwahl des Ausschusses ergab anstelle des Bürgermeisters Weiß (Kehl) und des verstorbenen Ausschuhmigliedes Dr. Pöhlgen (Triberg) die Wahl des Herrn Dr. Bender (Freiburg) und des Bürgermeisters Lehmann (Willingen). Am Schluß der Tagung sprach Direktor Töpfer (München) über „Arbeitsgemeinschaft zwischen Sparkassen und öffentlicher Lebensversicherung“.

Deutsche Weinbauausstellung

In Heilbronn wurde die im Rahmen des 81. deutschen Weinbaukongresses veranstaltete Weinbauausstellung offiziell eröffnet. Oberbürgermeister Ventinger-Heilbronn hielt die Begrüßungsansprache. Der Generalsekretär des Deutschen Weinbauverbandes Dr. Fahrhahn-Karlsruhe, wies in einer Ansprache auf die zwingende Notwendigkeit hin, die Produktionskosten für die deutschen Weine zu verbilligen, um dadurch der bevorstehenden starken Konkurrenz, die sich aus dem deutsch-spanischen Handelsabkommen und evtl. aus den zu schließenden Handelsverträgen mit Frankreich ergeben könnte, wirksam entgegen zu treten. Er bezeichnete als bestes Mittel zur Verbilligung der Produktionskosten die technische Modernisierung der Weinbaubetriebe durch maschinelle Hilfsmittel, sowie Schädlingsbekämpfung durch erprobte Bekämpfungsmittel und Sichelung des Ertrages durch geeignete Düngung. Der Redner wies darauf hin, daß die soeben eröffnete Weinbauausstellung eine Fülle von Verbesserungen und Neuerungen nach dieser Richtung zeigt.

An die Eröffnungsfestfeier schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an, welche die beiden städtischen Turnhallen und ein großes, speziell zu diesem Zwecke errichtetes Zelt füllt. Gegenüber 72 ausstellenden Firmen bei der letzten Weinbauausstellung vor 2 Jahren in Freiburg in wirtschaftlich viel besserer Zeit, haben sich dieses Jahr an der Ausstellung in Heilbronn 80 Firmen beteiligt, und zwar Firmen aus ganz Deutschland mit Einschluß des besetzten und des Ruhrgebietes. Alle zum Weinbau und zur Kellerbehandlung des Weines benötigten Geräte, Apparate, Maschinen usw. sind in der Ausstellung vorgeführt. Räumliche chemische Fabriken haben Düngemittel und Präparate zur Schädlingsbekämpfung ausgestellt. Auch fehlt es nicht an den mannigfachen Geräten, die der Winzer zur Arbeit im Weinberg braucht, als das sind Weinbergspflüge, Säen, Kärste usw.

Der Deutsche Weinbauverband bezieht anlässlich des von ihm in Heilbronn veranstalteten Deutschen Weinbaukongresses sein 50-jähriges Bestehen. 1874 unter Führung des um den Weinbau hochverdienten Prof. Dr. Adolf Wankenhorn aus Müllheim (Baden) als „Deutscher Weinbauverein“ gegründet, setzte er sich die technische und wirtschaftliche Förderung des deutschen Weinbaues zur Aufgabe. Die Gründung erfolgte in Heilbronn a. d. Neckar. Mit seiner glückseligen Entwicklung wuchsen aber auch die Schwierigkeiten seiner Aufgaben. Er erwarb sich große Verdienste um die Verwirklichung der Weinbauverbände der Weinberge. 1923 verbandelte er sich in den Deutschen Weinbauverband und stellt heute eine den ganzen Weinbauverbänden umfassende Gesamtvertretung dar. Die heutige Feier in Heilbronn erfolgt in schlichter Weise.

Ein Ehrenmitglied für die gefallenen badischen Volksschullehrer

Der badische Volksschullehrerverein beabsichtigt, den im Weltkrieg gefallenen Volksschullehrern ein Ehrenmitglied zu erteilen. Der zu diesem Zweck gebildete Freiburger Ausschuss will in Durchführung dieses Beschlusses das Loretto-Gedächtnis-

nisdenthal vom Ehrenfriedhof in Lens neu errichten und in Baden aufstellen lassen. Der vom Greifen unfaßterte Schwertengel soll sich auf einem der vorgelagerten Berge des Schwarzwaldes weithin sichtbar erheben.

Vom badischen Lebensmittelhandel

Gelänglich der Tagung des gesamten badischen Lebensmittelhandels in Karlsruhe, hielt Hr. v. Sedendorff einen Vortrag über das Thema: „Der Einzelhandel und die Forderungen des Staates“, wobei er die jetzige Handhabung der Steuererhebung ablehnte, weil sie für den Einzelhandel nicht bloß die Gefährdung der Existenz, sondern den sicheren Ruin bedeute. Die Leitung der Organisation habe deshalb Richtlinien ausgearbeitet als Grundlage einer gerechteren Steuerbelastung, die folgendermaßen lauten:

1. Das Steuerwesen muß die Grundzüge der gerechten Gleichmäßigkeit und Leistungsfähigkeit umfassen. 2. Die Bestimmungen für die Veranlagung, namentlich die Vorschriften für die Bewertung der steuerlichen Mittel müssen in ganz Deutschland einheitlich und gleichmäßig gehandhabt werden. 3. Das Steuerwesen soll einfach sein. 4. Der erstrebte Zustand: eine Einkommensteuer, ergänzt durch eine Vermögenssteuer. 5. Grund- und Gewerbesteuer sind zu beseitigen; solange dies nicht möglich ist, muß die Grund- und Gewerbesteuer nach dem Ertrag bemessen werden. 6. Umsatzsteuer muß um- und abgebaut werden. 7. Vor Erlass der Steuergesetze müssen die berufenen Vertreter der Forst- und Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, sowie des Handwerks gehört werden. 8. Die öffentlichen Ausgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden müssen eingeschränkt werden. In den Gemeinden müssen die Kreise, die tatsächlich die Steuer zahlen, ein Mitbestimmungsrecht über die Höhe der Steuer haben.

Der Referent führte aus, daß der Einzelhandel nicht mehr im Stande sei, die weitere Belastung der Sondersteuergesetze zu tragen, die ein Vorwärtskommen ungemein erschweren würden. Die Richtlinien wurden einstimmig angenommen.

Herr Damm (Karlshagen) wandte sich gegen die direkte Besteuerung des Konsums durch die Beamtenchefs, gegen Frachtlieferungen und die Auswüchse des Hausierwesens. Der Redner verlangte, daß die Regierung sich dafür einsetzt, daß der reelle Warenhandel durch die Ausschaltung des Schleichhandels wieder zu seinem Recht kommt.

Der Landesverbandstag der bad. u. pfälzischen Vlechner-, Spengler- u. Installateurmeister

Der Samstag und Sonntag in Lahr abgehalten wurde, hatte ungefähr 600 Kollegen aus Baden und der Pfalz, sowie Vertreter des württembergischen Verbandes und aus der Schweiz vereinigt. Den Ausschlußnahmen am Samstag und einem sehr gut verlaufenen Bankett im Hotel Krauß folgte am Sonntag die Hauptversammlung, der Vertreter der Regierung, der Stadtverwaltung, des Handwerks und der für das Handwerk geschaffenen Einrichtungen (Handwerkskammer etc.) beizuhören. Den Vorsitz führte Landesverbandsvorsitzender Anselm Karlsruher. Freudig begrüßt wurde der einstimmig gefaßte Beschluß der Verschmelzung des badischen und pfälzischen Verbandes zu einem Verband, der künftig den Namen „Verband der Vlechner-, Spengler- und Installateurmeister Badens und der Pfalz e. V.“ führen soll. Als stellvertretender Vorsitzender des neuen Verbandes wurde Obermeister Ruhn-Ludwigshafen bestimmt. Über die steuerliche Belastung des Handwerks, deren katastrophale Auswirkung auf jeden einzelnen Handwerker er kritisierte, sprach Direktor Andres von der Handwerkskammer Karlsruhe. Er forderte dringende Reformen auf steuerrechtlichem Gebiet. Es wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen. Den Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht, der die mifflige Lage des Handwerks ebenfalls beleuchtete, gab Syndikus Jürgensen-Karlsruhe. Als Ort des nächstjährigen Verbandstages wurde Karlsruhe bestimmt, wo zu gleicher Zeit der Reichsverbandstag abgehalten werden wird.

Aus den Parteien

Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei hielt in Baden-Baden am Sonntag eine zahlreich besuchte Zusammenkunft ab. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Prof. Weber-Baden-Baden gedachte des soeben verstorbenen Ministers a. D. Düringer und des kürzlich verstorbenen Führers Wierlin. Reichstagsabg. Dr. Curtius erläuterte Bericht über die kirchliche Reichstagsdebatte und die Annahme der Damesgesetze. Prof. Weber referierte über die badische Politik. Darauf wurden einstimmig zwei Entschließungen angenommen; in der ersten wird die Annahme des Londoner Paktes durch die Reichstagsfraktion gebilligt, da sie der einzige Weg zur Befreiung von Rhein und Ruhr und das gegebene Mittel zur Ausnützung der wirtsch. Lage zu Deutschlands Gunsten sei. Der Reichstagsfraktion wird der Dank für ihre Haltung ausgesprochen. Das deutsche Volk dürfe auch weiterhin vertrauensvoll der außenpolitischen Führung Stresemanns folgen. Besonders Baden schulde ihm Dank, daß er die Klüftung der heimatischen Gebiete zum sichtbaren Ausgangspunkt seiner Vorkriegspolitik gemacht habe. Die zweite Entschließung dankt den Abgeordneten der Partei im Landtag für ihre entschlossene und zielklare Stellungnahme bei den gesetzgebenden Arbeiten der verfloffenen Session und spricht ihnen das Vertrauen aus.

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuss Niederweiler nahm in seiner letzten Sitzung den Gemeindeforschlag für das Jahr 1924/25 einstimmig an. Der Umlagefuß für das Rechnungsjahr 1924/25 beträgt 50 Pfennig.

Der Bürgerausschuss in Raßatt beschloß, daß die städtische Fremdensteuerordnung vom 10. August 1923 mit Wirkung vom 1. August d. J. aufgehoben wird. Ferner wurde gegen 11 Stimmen beschlossen, die Gemeindeordnung über die Erhebung einer Wohnungszulagesteuer vom 14. August 1923 aufrechtzuerhalten. Des weiteren wurde der Gastpreis mit Wirkung vom 25. August als Abfertigungstag bis zu einem monatlichen Höchstverbrauch von 150 Kubilmeter auf 0,18 Mark festgesetzt und für den Mehrverbrauch für den Großabnehmer ein Großabnehmererlös eingeführt.

Aus der Landeshauptstadt

Einreiseverkehr und Aufenthaltserbedingungen in den besetzten Gebieten. Die Verordnung 263 über die Regelung des Einreiseverkehrs und die Aufenthaltserbedingungen in den besetzten Gebieten bestimmt, daß „alle deutschen Staatsangehörigen über 16 Jahre unbeschadet zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet verkehren können, vorausgesetzt, daß sie im Besitze eines Personalausweises oder eines von ihren Heimatbehörden ausgestellten und beglaubigten Passes sind“. Demnach genügt zur Einreise ein bloßer Personalausweis;

diesen oder den Pass muß der Reisende aber unter allen Umständen bei sich tragen. Von den übrigen Bestimmungen ist noch erwähnenswert, daß Gasthausbesitzer und Vermieter neben den in Deutschland üblichen Angaben auch ein Vermerk über die von den Gästen vorgelegten Ausweispapiere in ihre Register eintragen müssen.

Die landwirtschaftliche Bauausstellung des Pfingstgauerbundes, welche während der Karlsruher Herbstwoche vom 20. bis 22. September in Durlach stattfindet, weist außerordentlich zahlreiche Anmeldungen auf. Auch die staatlichen Anstalten wie die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, die Landwirtschaftsschule Augustenberg und die Badische Nebenveredelungsanstalt werden sich an der Ausstellung beteiligen. Die Badische Landwirtschaftskammer wird durch ihre Abteilung für Pflanzenbau und durch die Fleisch- und Gausbauabteilung vertreten sein.

Landestheater. „Der arme Konrad“, Tragödie aus der Bauernrevolte 1514 von Friedrich Wolf, geht am Mittwoch, den 19. September zum zweitenmal in Szene. Folgenden Tags am Donnerstag, den 11. September, wird Kleists neuinszeniertes „Mädchen von Heilbronn“ wiederholt. Am Samstag, den 13. September, erfolgt die Erstaufführung der dreitägigen Komödie „Wer weint um Judas?“ Damit erscheint ihr Verfasser, Hans J. Wehlich, der bereits durch einige frühere Bühnenwerke hervorgetreten ist, zum erstenmal im Spielplan des Landestheaters. — Im Konzerthaus gelangt der dreitägige Schwan „Der Meisterbozer“ von Otto Schwarz und Carl Mathern, den auch hier schon vorteilhaft bekannten Verfassern einer ganzen Reihe erfolgreicher leichter Unterhaltungsstücke zum erstenmal zur Aufführung.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Tauberbischofsheim, 7. Sept. Der Main, der seinen Höchststand mit 3,62 Meter erreicht hatte, ist im Rückgang begriffen, nachdem der andauernde Regen sonnigem Wetter Platz gemacht hat.

* Mannheim, 7. Sept. Im Musenpark des Hofgartens hatte sich heute vormittag eine zahlreiche Gemeinde versammelt um die zehnte Wiederkehr des Todestages Ludwigs Franks zu begehen. Die Gedächtnisrede hielt Staatsrat Marum-Karlsruhe, der in schlichten Worten Franks Leben und Wirken erlöste; seinen Kampf um den Sozialismus und um den Frieden unter den Völkern, seinen Glauben an die Verteidigung des Vaterlandes, dem er sich freiwillig opferte, seine Einheit als Kämpfer und Mensch. Sein Tod erscheint als Schicksal für alle, die für Deutschland gefallen sind, aber auch für die Menschen anderer Länder, die in diesem Kriege haben bluten müssen. Die Ausführungen des Redners klangen in das Gelächris aus, für die Ideale Franks weiter zu kämpfen. Die Feier war umrahmt von bemerkenswerten künstlerischen Darbietungen.

* Mannheim, 8. Sept. Die Kräfte des Mannheimer Nationaltheaters brachten gestern abend im Neuen Theater die dreitägige Grotteske „Fussel über der Druckfelle“ von Herbert Frank, eine soziale Tragikomödie, oder vielmehr Tragödie zur Aufführung. Die Aufnahme des vorzüglich dargestellten Stückes bedeutete für den anwesenden Dichter einen starken Erfolg.

DZ. Mannheim, 5. Sept. Die Vertreter des Bezirksverbandes Südwestdeutschland der Deutschen Berufsfeuerwehrmänner sind hier zu einer Tagung zusammengekommen. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß in Mannheim eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband zustande gekommen ist und daß dem Bezirksverband 13 Ortsverbände mit 685 Mitgliedern angehören; diese verteilen sich etwa hälftig auf die städtische Feuerwehr und die industriellen der Anilinfabrik und der Firma Benz und Lang.

DZ. Freiburg i. Br., 7. Sept. Mit dem gestrigen Tage hat das Freiburger Stadttheater unter der Leitung seines neuen Intendanten Dr. Max Krüger die Spielzeit 1924/25 begonnen. Im gesamten künstlerischen Personalstand sind in der neuen Spielzeit zum Teil bedeutende Veränderungen und Neubeseetzungen zu verzeichnen, auf deren Auswirkung man gespannt sein darf. In die Leitung des Schauspielers sind neu eingetreten als Dramaturg und Spielleiter des Schauspielers Paul Smolny und als künstlerischer Beirat Karl Holster und Moonte. Die Stellung des ersten Kapellmeisters und musikalischen Oberleiters mit den Intendanten von Münster, hat der hiesigergekommene noch jugendliche Kapellmeister Erwald Lindemann übernommen. Mit der Aufführung von Friedrich Hebbels Drama „Judith“ am Samstag abend wurde auf dem Gebiet des Schauspielers ein vielversprechender Anfang gemacht. Diese Aufführung war geeignet, den der Presse gegenüber von der Intendanten geäußerten Wunsch, Freiburg und seinem ganzen umgebenden südwestbadischen Grenzgebiet, als dessen Mittelpunkt das Stadttheater Freiburg besondere Bedeutung erhält, gute und interessante Kunst zu bieten, zu bekräftigen.

DZ. Rheinfelden, 5. Sept. Zur Aufnahme des Personenverkehrs auf der Rheintal- und Rheinfelden hat sich kürzlich unter dem Namen Badler Personenschiffahrtsgesellschaft in Basel eine Genossenschaft gegründet. Es ist der Bau eines Bootes mit zwei Sulzer Dieselmotoren geplant und zwar soll das Boot etwa 230 Personen aufnehmen können. Die Inangriffnahme des Bootbaues soll demnächst erfolgen, vorausgesetzt, daß in Basel eine genügende Anzahl von Anteilnehmern gezeichnet werden. In Rheinfelden sind bereits für eine ansehnliche Summe Genossenschaftsanteile untergebracht worden. Es wird damit gerechnet, daß der Betrieb der Personenschiffahrt Basel Rheinfelden bis zur Winterreise 1925 aufgenommen werden kann.

DZ. Schramberg, 2. Sept. Unter zahlreicher Beteiligung fand hier am Samstag und Sonntag die 40. Hauptversammlung des württembergischen Schwarzwaldbereins statt, verbunden mit der Feier des 40-jährigen Vereinsbestehens und der Einweihung des Gefallenengedächtniskaufes auf dem Föhrenbühl. Professor Endrich legte sein Amt als 1. Vorsitzender aus Gesundheitsrücksichten nieder und wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Wie aus dem Jahresbericht hervorging, hält der Verein zurzeit 12.500 Mitglieder. Der Jahresbeitrag für 1925 soll 3 Mark und der Sonderbeitrag für das Gedächtnishaus 2 Mark betragen. Zum 1. Vorsitzenden des württembergischen Schwarzwaldbereins wurde der Landesgeologe Dr. Regelmann gewählt. Als Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Calw bestimmt. Abends fand ein Festbankett in der Reithalle der Familie Jungmann statt, wobei auch der Minister des Innern Holz das Wort ergriff und auf die Aufgaben aller Gebirgs- und Wandervereine hinwies. Staatspräsident Bazille gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Annahme des Londoner Abkommens sich endlich eine Wendung im Schicksal Deutschlands einstellen möge und daß sich zwischen den Völkern eine Verständigung anbahnen möge.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Sept.		8. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	159.80	160.50	159.30	161.10
Kopenhagen 100 Kr.	71.12	71.48	69.92	70.28
Italien . . . 100 L.	18.20	18.30	18.32	18.42
London . . . 1 Pf.	18.54	18.64	18.63	18.72
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.87	21.97	22.23	22.37
Schweiz . . . 100 Fr.	78.55	78.95	78.67	79.07
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag . . . 100 Kr.	12.53	12.59	12.57	12.63

Zuteilung überall 100 Prozent
Die Breslauer Herbstmesse wurde Sonntag vormittag 11 Uhr ohne Eröffnungsfeierlichkeit dem Verkehr übergeben. Die Besucher waren recht zahlreich; es setzte sofort ein lebhafter Geschäftsbetrieb ein.

Verschiedenes

Vom Amerikaluftschiff-Rundflug

„Z.N. 3“ hatte bei seinem süddeutschen Rundflug nicht weniger als 85 Personen, einschließlich der 24 Mann Besatzung, an Bord. Das Luftschiff fuhr die etwa 900 Kilometer lange Flugstrecke in 3,40 Stunden mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 110 Kilometer pro Stunde und einer durchschnittlichen Höhe von 200 Meter. Die Höchstgeschwindigkeit von 160 bis 180 Kilometer hatte das Luftschiff zwischen Stuttgart und Friedrichshafen, da Rückenwind eintrat. Die höchste Höhe von 1100 Meter erreichte es zwischen Nürnberg und Stuttgart. Die Fahrt verlief sehr gut, programmäßig und zur vollen Zufriedenheit. Als Reichskommissar machte die Fahrt mit Prof. Hoff, Direktor der Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und Prof. der Technischen Hochschule Charlottenburg. Verschiedene neuartige Versuche wurden größtenteils durchgeführt. — Bei dem Flug des Luftschiffes über Stuttgart am Samstag senkte es sich in der Gegend des Braugriedhofes stark zur Erde. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Luftschiff ein Kranz abgeworfen, der für das Grab des Grafen Zeppelin bestimmt war und auch dort alsbald seinen Platz erhielt.

W.D. Friedrichshafen, 9. Sept. Die für heute vorgesehene Probefahrt des Z. N. 3 ist verschoben worden.

W.D. New York, 9. Sept. (Funkpruch.) Aus Boston wird gemeldet, daß der mit einem Ankermast versehene Marinetender „Pato“ angewiesen wurde, 300 Seemeilen südlich vom Cap Farewell (Grönland) auf das Luftschiff Z. N. 3 zu warten, zur eventuellen Dienstleistung während des Fluges über den Atlantischen Ozean.

Die amerikanischen Weltflieger

W.D. London, 9. Sept. Die amerikanischen Weltflieger erschienen kurz nach 3 Uhr über New York und landeten nach einem kurzen Flug über der Stadt am dem Mitchell-Felde in Long-Island. 15 000 Zuschauer, darunter der Prinz von Wales, bereiteten ihnen einen begeistertsten Empfang. Die von den Fliegern zurückgelegte Strecke beträgt nahezu 37 000 Meilen.

Verhaftung Kruppischer Beamter

Im Zusammenhang mit größeren Schrottgeschickungen auf der Friedrich-Alfred-Hütte der A.-G. Friedrich Krupp wurden Direktor Fritz Grünwald von der Eisenerzfabrik Rapp u. Grünwald A.-G. sowie verschiedene andere Schrotthändler und Kruppische Beamte verhaftet.

Letzte Nachrichten

Die Reparationsankläge

W.D. Paris, 9. Sept. Wie das Petit Journal aus New York meldet, finden zur Vorbereitung der deutschen Anleihe in der Zeit vom 15.—20. September in London wichtige Besprechungen statt, an denen vor allem der amerikanische Bankier Morgan, sein Teilhaber Lamont und der Gouverneur der Bank von England, Norman, teilnehmen.

Amerikanisch-englischer Meinungsaustrausch über China

W.D. London, 9. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß zwischen London und Washington unter Benutzung der diplomatischen Kanäle ein vorläufiger Meinungsaustrausch über die Frage irgend einer gemeinsamen Aktion der Mächte zugunsten der Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in China im Gange sei. Die Initiative zu diesem Schritt sei wahrscheinlich von amerikanischer Seite gekommen, da die britische Regierung durch die Genfer Verhandlungen vollkommen mit der europäischen Lage beschäftigt sei. Es verlautete indessen, daß die jetzige schlimme Lage in China die Aufmerksamkeit des Foreign Office und des Premierministers selbst gefunden habe.

W.D. London, 9. Sept. Reuter meldet aus Schanghai, daß infolge der gefährlichen Lage in den Nordbezirken von Schanghai 1200 britische, amerikanische, japanische und italienische Marineinfanteristen gelandet worden sind. Außerdem sind in Schanghai Freiwillige mobilisiert worden.

Der Aufstand in Marokko

W.D. Paris, 9. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Madrid wird berichtet, daß General Primo de Rivera die Absicht hat, die von den spanischen Truppen in Marokko unterbrochene Offensive wieder aufzunehmen und den Mut der Truppen wieder aufzurichten. Zu diesem Zweck hat er ein Manifest an die Truppen gerichtet. Der General befindet sich mit den übrigen Mitgliedern des Direktoriums in Letuan und hat den in Madrid verbliebenen Mitgliedern des Direktoriums über die Ergebnisse seiner ersten Unterhaltung mit dem Oberkommissar Bericht erstattet.

W.D. London, 9. Sept. Reuter meldet aus Gibraltar, daß nach den Berichten aus Tanger die Eisenbahn zwischen Ceuta und Tanger unterbrochen ist. Die Strecke ist in einer Länge von einer Meile zerstört worden. Die Telephonbrüche sind abgebrochen. Der Posten von Beniab soll eingenommen worden sein.

Staatsanzeiger

Nr. 69 534. — Norm IX³ u. XI.

Zuständigkeit zu Vergewaltigungen und Kostennachlässen
An die Bezirksamter und die Polizeidirektion in Baden:

Ein Einzelfall gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß durch die Erlasse vom 27. September 1921 Nr. 67952 und vom 21. März 1923 Nr. 19328 über die Zuständigkeit zu Vergewaltigungen und Kostennachlässen die Zuständigkeit zur Gewährung von Kostennachlässen erschöpfend geregelt ist; die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden ist hierdurch auch für die Fälle gegeben, in denen die Sporteln bereits der Steuerverwaltung zum Einzug überwiesen sind. Die entgegenstehenden Bestimmungen des § 30 der Verwaltungsgebührenordnung sind durch die genannten Erlasse außer Kraft gesetzt.
Karlsruhe, den 6. September 1924.
Der Minister des Innern.
J. B. Keers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Der berittene Gendarmeriewachmeister Christian Seigelmann in Mannheim zum Oberwachmeister der berittenen Abteilung in Mannheim, Polizeisekretär Johann Glaser in Mannheim zum Polizeiobersekretär in Heidelberg, Polizeiasistent Friedrich Schmid beim Bezirksamt Konstanz zum Polizeisekretär, Notarmeister Christian Schleifer in Forzheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Beauftragter: Polizeiwachmeister Josef Weismann in Mannheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Freiburg, Polizeiwachmeister Gronert in Forzheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe.

Justizministerium

Die Justizpraktikanten Albert Bed beim Amtsgericht Baden, Adolf Becker beim Amtsgericht Ettlingen, Wilhelm Faß beim Amtsgericht Willingen, Ernst Gäß bei der Staatsanwaltschaft Offenburg, Eugen Heis beim Amtsgericht Karlsruhe, Josef Kändler und Heinrich Schork beim Amtsgericht Freiburg, David Krumb beim Amtsgericht Laub, Fridolin Laub beim Amtsgericht Waldkirch, Friedrich Laumann beim Amtsgericht Bruchsal, Friedrich Paulus beim Notariat Freiburg und Karl Stumpf beim Amtsgericht Mannheim zum Justizobersekretären, Bürogehilfe Heinrich Westermann beim Justizministerium zum Justizassistenten, Kanzleiasistent Wilhelm Schür beim Amtsgericht Emmendingen zum Kanzleisekretär; die Kanzleihilfen Fritz Brüderlin beim Amtsgericht Baden, Otto Schubert beim Notariat Kenzingen und Arthur Walter beim Amtsgericht Donaueschingen zu Kanzleiasistenten; die Schreibergehilfen Rosa Büche beim Notariat Ludolfszell und Erna Scholz beim Notariat Konstanz zu Kanzleihilfen, Unterlehrer Otto Hummel bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Sinsheim zum Hauptlehrer daselbst.

Beauftragter: Staatsanwalt Friedrich Eshenauer bei der Zweigstelle Gengenbach der Staatsanwaltschaft Offenburg zur Staatsanwaltschaft Offenburg, Kanzleiasistentin Olga Mack beim Amtsgericht Rastatt zum Notariat daselbst.

Zurückgenommen: Die Versetzung des Aufsehers Jakob Lambert bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen zum Landesgefängnis Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Beauftragter: Verwaltungspraktikant Eugen Krefz zum Verwaltungsobersekretär im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Beurlaubter: Dem Privatdozenten Dr. Julius Wisser die Amtsbezeichnung außerordentliches Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Freiburg.

Ministerium der Finanzen

Zu den dauernden Aufstellungen versetzt: Finanzsekretär Oskar Küper beim Salinenamt Dürheim.

Zu den einstweiligen Aufstellungen versetzt: Forstmeister Berthold Becker in Odenheim.

Kola-Ausstellung Karlsruhe

Geöffnet von vormittags 10 bis 7 Uhr abends
Heute Dienstag von 4—11 Uhr

Operetten-Abend

ausgeführt von der Karlsruher Musik-Kapelle
Dirigent: Herr Heinrich Rüttgers
im Garten der Ausstellung

Badisches Landestheater.

Dienstag, 9. September. 7^{1/2}—10^{1/4} Uhr. Sp. I, 7.—
Abonn. E 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1101—1300.
Der Wildschütz oder Die Stimme der Natur.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 10. Sept. 7^{1/2} u. 10^{1/4} Uhr. Sp. I, 4.80.
Abonn. C 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1301—1700.
Der arme Konrad.

Habermast-Gänse

versendet krafterlig, au-
fischer, zu M. 1.40 p. Pf.
Joh. Weillbach
Körblingen (Wahern)
Geflügelhandlung.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Konkursverfahren.

§ 525. Offenburg, über
das Vermögen der Gemein-
nützigen Volksversorgung G.
m. b. H. in Offenburg wurde
heute am 6. September
1924, mittags 12 Uhr, das
Konkursverfahren eröffnet,
da die Gemeinsschuldnerin
ihre Zahlungsunfähigkeit
und Zahlungseinstellung
dargelegt hat.
Der Rechtsanwalt Dr.
Haberer in Offenburg wurde
zum Konkursverwalter
ernannt.
Konkursforderungen sind
bis zum 21. Oktober 1924
bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anbe-

§ 526. Karlsruhe.

Die
Landwirt August Seitz II
Ehefrau Sofie geb. Tropp
in Liebolsheim, Wächle-
straße 45, hat beantragt,
den verstorbenen Johann
Heinrich Tropp, geboren am
10. Dezember 1832 in Lie-
bolsheim, zuletzt wohnhaft
in Liebolsheim, für tot
zu erklären. Der beigeich-
nete Verstorlene wird auf-
gefordert, sich spätestens
in dem auf Dienstag, den
17. März 1925, vormittags
10 Uhr, vor dem unter-
zeichneten Gericht anbe-
raumten Aufgebotsstermine
zu melden, widrigenfalls
die Todeserklärung erfol-
gen wird. An alle, welche
Auskunft über Leben oder
Tod des Verstorlenen zu
erteilen vermögen, ergeht
die Aufforderung, spätes-
tens im Aufgebotsstermine
dem Gericht Anzeige zu
machen.
Karlsruhe, 29. August 1924.
Badisches Amtsgericht B II.

Verf. Bekanntmachungen

Nadelnholzverkauf

Das Badische Forstamt
Mühlensfeld (Amt Waldshut)
verkauft freihändig aus dem
Staatswald etwa 2000 km.
Stämme und 1000 km.
Abfälle in 15 Losen.
Auskunft und Auszüge
durch das Forstamt. Schrift-
liche Angebote in Prozenten
der badischen Goldgrund-

preise vom Dezember 1923

bis zum 20. September 1924
erleben. § 524

Ruchholzverkauf.

Das Badische Forstamt
Lodmoos verkauft frei-
händig 2300 Festmeter al-
ler Klassen. Angebote in
Prozent der badischen
Goldmarkgrundpreise vom
Dezember 1923 wollen bis
längstens Montag, den 15.
September 1924, mittags
12 Uhr, beim Forstamt
eingereicht werden. Los-
verzeichnis kostenlos
durch das Forstamt. § 514

Nadelrundholzverkauf

Das Badische Forstamt
Mühlensfeld in Forzheim
verkauft freihändig etwa
2400 Festmeter Nadel-
rundholz. Angebote bis
spätestens Donnerstag,
den 18. September d. J.,
in ganzen Prozenten der
L. G. R. erbeten. Aus-
kunft und Losverzeichnis
durch das Forstamt. § 512

Langholzverkauf.

Das
Forstamt Sulzburg (Wa-
den) verkauft freihändig
aus dem Staatswaldun-
gen: Los I. Eichstämme 61
Festmeter, davon 11 Fest-
meter II.—IV. N. und
50 Festmeter V. und VI.
N. Los II. Tannen-
stammholz: 355 Festmeter,
davon Stämme I.—III.

Keller- und Lagerräume

in dem Scheunengebäude
Bahnhofstraße 36 in Bret-
ten zu vermieten (beiläu-
fig 230 qm Keller, davon
145 qm gewölbt und 145
qm Lagerraum ebener
Erde mit Zufahrt und
Aufzug. Beschichtigung kann
auf Anmeldung bei der
Bahnmehrerei 1 Bret-
ten erfolgen. Dasselbst sind
auch die Bedingungen zur
Einsicht aufgelegt. Ver-
mietung erfolgt auf
Döschgebote, welches bis
längstens 25. Sept. 1924
pöfifrei und verschlossen,
mit entsprechender Auf-

DIE NEUE PACKUNG

MIGNON EXTRA

Die MIGNONSCHOKOLADENFABRIK
SCHMELZ/HALBSÜSS-
BITTER/MOROKKA/EXTRA
MILCH/NUSS IST INFOLGE AN-
WENDUNG EINES SONDERHERSTELLUNG-
VERFAHRENS MIT EIGENARTIG-LIEBLICHEN
WOHLGESCHMACK AUSGEZEICHNET.

MIGNON

MIGNON-SCHOKOLADENWERKE DAVID SÖHNE A.-G. HALLE A. S.

Wahnbauinspektion

Station Sulzburg 1,5 km.
Angebote wollen in Pro-
zent der Landesgrund-
preise bis spätestens Frei-
tag, den 19. September,
mittags 12 Uhr, auf dem
Forstamt eingereicht wer-
den mit Bindung bis 25.
September. § 513

Wahnbauinspektion

Die Bauarbeiten für
den Umbau der 5 kleine-
ren Leimbach-, Korbach-,
Kraichbach-, Giesbach- und
Weingrabenbrücken der
Hauptbahn Heidelberg—
Durlach sollen vergeben
werden. Bedingnisheft
mit Plänen sind bei der
Wahnbauinspektion II in
Heidelberg einzusehen.
Abgabe nach auswärtig
findet nicht statt. Angebote
mit Aufschrift portofrei
bis längstens 20. Septem-
ber 1924 an unterzeich-
nete Stelle einbringen.
Öffnung der Angebote am
20. September vorm. 10
Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wo-
chen. § 511 2. 1.
Wahnbauinspektion II
Heidelberg.

Deutsche Reichsbahn.

Ab 15. September 1924
wird der zwischen Hohen-
heim und Schwetzingen ge-
legene Haltepunkt Oster-
heim für den Expressgut-
abfertigungsdienst im Ver-
kehr mit folgenden Sta-
tionen und Haltepunkten
eingereiht:
Brühl (Baden), Bruch-
sal, Eppelheim, Friedrichs-
feld (Baden) Süd, Fried-
richstal (Baden), Graben-
Kreuzhof, Heidelberg, Hol-
tenheim, Karlsruhe, Neßf.,
Ruhhof, Mannheim, Mann-
heim-Neckarau, Mannheim-
Neinau, Mannheim-
Neinau Hafen, Neuloh-
heim, Planstadt, Schwet-
zingen, Speyer Hof, Zab-
haus, Zabhausen, Ziefen-
tal. § 515
Die Befugnis bleibt auf
Sendungen im Einzelo-
gewicht bis 50 kg beschränkt.
Karlsruhe, 5. Sept. 1924.
Reichsbahndirektion.

Druck G. Braun, Karlsruhe.